

| | |
|------------------------------|------------|
| Antrag vom 02.07.2013 | Nr. |
|------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktion

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Betreff

Stuttgart 21: Mehrkosten auch bei der Informationskampagne

Nach einer kurzen Schamfrist nach dem Beschluss des Aufsichtsrates der Bahn im März 2013, Stuttgart 21 trotz enormer Mehrkosten weiterzubauen, will die Mehrheit im Gemeinderat, die Befürworter von Stuttgart 21, dem Projekt noch einen kleinen Zuschlag geben. Die Fraktionen im Gemeinderat von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern fordern in ihren aktuellen Anträgen, dem Verein „Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V.“ als Sonderzuschuss 100.000 EUR zu überweisen. Die Hochglanzkommunikation im Turmforum braucht nun, wie auch das Projekt an sich, wegen schlechter Kostenplanung einen Nachschlag.

Grundlage ist nicht ein Gemeinderatsbeschluss oder ein nachvollziehbarer Antrag auf Mittelaufstockung durch den Verein o. ä., sondern laut Antragstext der SPD eine offenbar mündlich gegebene Zusage – von wem auch immer – im Herbst 2012.

Die Stadt überweist dem Verein jetzt schon jährlich 300.000 EUR, eine Summe, die jetzt schon höher ist als der jährliche Zuschuss an das Tierheim.

Die Ausstellung wurde erneuert, geht aber nicht auf den bundesweit einzigartig gewürdigten Protest gegen das Projekt ein. Wer das Projekt vorstellt, kann den Protest, den Schlichtungsprozess und die Alternativkonzepte der Projektgegner nicht einfach ausblenden. Deshalb gehören in eine Ausstellung zu Stuttgart 21 auch die Protestbewegung und die Alternativvorschläge der Projektgegner.

Auch im Rathaus gibt es eine Ausstellung, die sich mit Stuttgart 21 beschäftigt. Gerade hier sollte der Bürgerprotest der Stuttgarterinnen und Stuttgarter gewürdigt werden. Wenn schon die Befürworter diese Ausstellung erhalten wollen, dann nach all den Diskussionen und Ereignissen der letzten Jahre auch als Ausstellung zur Bürgergesellschaft und ihrer Diskussion um Stuttgart 21.

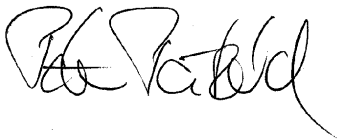
Es sollte seit langem bekannt sein, dass die Stelle der Bürgerbeauftragten eine Befristung hat – das ist keine Überraschung. Über die Aufhebung von Befristungen und Neuschaffung von Stellen wird in den Haushaltsberatungen entschieden und nicht vorher mit einem schnellen Beschluss kurz vor den Ferien.

Nach dem Entscheid des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn, auch nach der Kostenexplosion auf 6,8 Mrd. EUR das Projekt weiter zu bauen, steht weiterhin aus, ob die Bahn versuchen wird, die Stadt Stuttgart vor Gericht auf Mitfinanzierung zu verklagen.

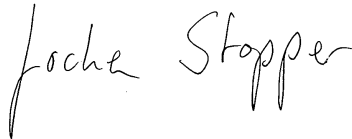
Wer sich schon mit der Information der Bürger zu diesem Projekt beschäftigt, sollte nicht verschweigen, welche Kosten auf die Stadt auch in Zukunft noch zukommen werden und welche rechtlichen Unsicherheiten bestehen.

Wir beantragen daher:

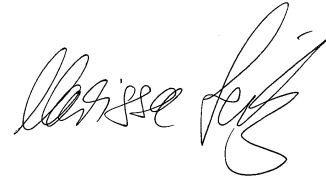
1. Ein Sonderzuschuss für das Turmforum von 100.000 EUR wird nicht gewährt, da es weder einen nachvollziehbaren Antrag, noch einen Deckungsvorschlag, geschweige denn einen Grund gibt, den bisherigen Zuschuss zu erhöhen.
2. Die Stadt als Mitglied im Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. fordert für die Ausstellung im Turmforum, auch den Protest gegen Stuttgart 21 und den damit verbundenen Alternativvorschlag K21 in der Ausstellung im Turmforum darzustellen.
3. Die Stadtverwaltung ersetzt die Ausstellung zu Stuttgart 21 im Rathaus durch eine Ausstellung, welche auch die Bürgerproteste und die Bürgerbewegung in der Stadt Stuttgart zu diesem Projekt darstellt, dokumentiert und würdigt.
4. Die Stadtverwaltung stellt dar, welche finanziellen und personellen Beteiligungen die Stadt Stuttgart direkt und indirekt (Finanzierung, Risikorückstellungen, Beteiligungen, Beteiligungen von Töchtern, Amtshilfe, etc.) am Projekt Stuttgart 21 hat und welche rechtlichen Unsicherheiten hinsichtlich einer weiteren, über die bisherige vertragliche Regelung hinausgehenden Beteiligung bestehen.
5. Die Anträge 273/2013, 281/2013, 282/2013 und dieser werden gemeinsam in einer Sitzung des Gemeinderats behandelt.



Peter Pätzold



Jochen Stopper



Clarissa Seitz